

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheider Volkszeitung
Anholt-Iselburger Zeitung
Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch Boten gebracht 30,00 M., von der Geschäftsst. abgeholt 29,00 M., durch die Post bezogen 30,00 M. monatlich. Erscheint täglich ausgl. Sonn- und Feiertags. Geschäftsstellen: Bocholt, Norderstr. 8 (Fernsprecher 92), Rheide: J. Heinrichs, Anholt: W. Wolling.

Anzeigenpreis: Für Einzelexemplare der 30 Millimeter breite, 1 Millimeter hohe Raum 1,00 M., Ausdrücke 1,20 M., Textanzeigen das Millimeter 3,00 M. (Herauf) der jeweilige Zuschlag. Anstalt u. Angebotsgeb. 1,50 M. Bei Abrechnung, Konturufen usw. wird d. bewilligte Nachschuß bezahlt.

Ämtlicher Anzeiger des Landratsamts, von Bürgermeisterämtern u. Ämtern des Kreises Borken.

51. Jahrgang

Dienstag, den 8. August 1922

Nummer 193

Der Kampf um die Reparationen. Neue französische Pläne.

Beste Vorbereitungen zur Durchführung der französischen Pläne.

1. Paris, 7. Aug. Ueber die Absichten Poincarés in London eilt die Pariser Ausgabe des Daily Mail aus unterrichteter Quelle zu melden:

1. Frankreich erkennt an, daß Deutschland ein kurzes Moratorium gewährt werden muß. Während dieser Zeit hat es die Vorschläge der Alliierten durchzuführen. Diese Vorschläge müssen vom Reichstag beschlossen werden und es muß also nötigenfalls eine außerordentliche Tagung abgehalten werden.

2. Frankreich fordert eine Reihe von Garantien von Deutschland, u. a. eine scharf begrenzte Einschränkung des Banknotenumsatzes, Sparbarkeit der Ausgaben im Innern, Einstellung der außerordentlichen Ausgaben für Eisenbahnen, Kanäle, neue Telephonnetze usw. Den Alliierten muß an den industriellen Unternehmungen ein entsprechender Anteil gewährt werden. Die endgültige Kontrolle der deutschen Zölle und die Beschlagnahme einer Anzahl von Befugnissen, die dem Deutschen Reich gehören, und die Gelder einbringen, wie Eisenbahnen, Monopole, Wäldungen, Bergwerke usw., sollen durchgeführt werden.

3. Frankreich verlangt, daß eine Reihe von Zwangsmaßnahmen von den Alliierten beschlossen werde, die Deutschland auferlegt werden sollen, wenn es die ihm auferlegten Bedingungen nicht durchführt. Diese Maßnahmen sollen zunächst wirtschaftlicher, später militärischer Art sein.

Falls Frankreich finden sollte, daß Lloyd George sich nicht vom diesem Plan überzeugen lasse, bestreite die Absicht, daß die französische Regierung bekannt gibt, daß sie selbst gegen Deutschland vorgehen werde, um ihre Ansprüche wahrzunehmen. Selbst ein Bankrott Deutschlands könne Frankreichs Entschlüsse nicht beeinflussen. Das Auseinanderbrechen des Deutschen Reiches wäre ebenfalls nicht imstande, Frankreich auf seine Maßnahmen verzichten zu lassen. Die französische Regierung würde sich also, falls ein Einvernehmen nicht zustande kommen sollte, das Recht vorbehalten, allein die Zahlungen bei Deutschland einzutreiben, und zwar durch alle ihr wirtschaftswert erscheinenden Maßnahmen, wie einschneidend sie auch sein mögen.

Antw. Brabburys im Reparationsausschuß.
Lond., 7. Aug. Die Reparationskommission veröffentlicht einen Antrag Sir John Brabburys, in dem es heißt:

„Die Reparationskommission ist der Ansicht, daß es notwendig geworden ist, für den Rest des Jahres 1922 alle von Deutschland zu leistenden Zahlungen zu suspendieren. Die Kommission empfiehlt den alliierten Regierungen, alle Zahlungen auf Grund eines einheitlichen Verfahrens zu suspendieren unter der Bedingung, daß die von der deutschen Regierung angebotene monatliche Summe von 500 000 Pfund Sterling an die Reparationskommission abgeführt wird. Falls die alliierten Regierungen diese Empfehlung annehmen, ist die Reparationskommission bereit, die Zahlungen zu suspendieren, die für das Jahr 1922 von den als Reparationen in bar zu entrichtenden Summen noch zu bezahlen sind. Wegen des dringlichen Charakters dieser Sache hat die Reparationskommission es nicht für notwendig erachtet, für das neue, für 1922 zu gewährende Moratorium neue Bedingungen zu stellen. Es wird indessen in aller Kürze notwendig sein, den Betrag der im Jahre 1923 und 1924 von Deutschland zu fordernden Zahlungen zu bestimmen. Die ganze Frage der für den jetzigen Zahlungsausschuß zu stellenden Bedingungen wird als Bestandteil dieser Entscheidung nicht in Erwägung gezogen.“

In ihrer Sitzung vom 8. August hat die Reparationskommission mit 3:1 Stimmen beschlossen, die Beratung dieses Beschlusses bis nach der Londoner Konferenz aufzuschieben. Der englische Vertreter in der Reparationskommission, Sir John Brabbury, ist heute vormittag nach London abgefahren.

Zur deutschen Antwortnote.

Die Antwort der Deutschen Regierung auf die letzte Drohnote Poincarés, in der er fordert, daß Deutschland bis Samstag mittag die Zusicherung geben müsse, daß es bis zum 16. August die fälligen 2 Millionen Pfund Sterling zahlen werde, ist pünktlich 12 Uhr mittag in Paris überreicht worden. Trotz der französischen Drohungen erklärt die Deutsche Regierung sich nicht im Stande, die geforderte Zusicherung geben zu können. Was die Note der Deutschen Regierung selbst angeht, so ist sie sehr geschickt abgefaßt. Zunächst weist sie auf die Stellungnahme der englischen und belgischen Regierung hin, die erklären, daß die Frage der Ausgleichszahlungen nur in Verbindung mit dem Reparationsproblem behandelt und gelöst werden könne. Die deutsche Regierung erklärt, daß, falls die Entscheidung der Reparationskommission bis zum 16. August nicht getroffen sei, was sie nach den vorliegenden Noten der Reparationskommission und der englischen und der belgischen Regierung aber annehmen müsse, sie versuchen werde, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie erklärt zu gleicher Zeit sich bereit, einen neuen Weg zu suchen, um die Ausgleichszahlungen zu ermöglichen. Weiter weist die Note die rechtliche Unmöglichkeit der angeordneten Zwangsmaßnahmen von Seiten Frankreichs zurück und bittet die französische Regierung eindringlich, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. — Trotz der Versöhnlichkeit verrät die Note eine ruhige Entschlossenheit. Ob sie die beschlossene Wirkung in Frankreich haben wird, ist allerdings sehr fraglich, und die politische Situation ist im Augenblick noch sehr ernst. Aber eines ist sicher, daß die Note in den anderen Ländern nicht ungünstig wirken kann und Frankreich kann und muß, wenn auch mit Widerwillen, mit den mächtigen Faktoren der anderen alliierten Länder rechnen, deren Gunst es nicht für ein paar lumpige Goldmillarden verlieren kann und darf. Der Streit ist ja letzten Endes für Frankreich nur ein Vorwand, um noch tiefer und dauernder in das deutsche Wirtschaftsleben eingreifen zu können und so allmählich ganz Deutschland von Frankreich abhängig zu machen. Ob ihm das auf die Dauer gelingt, wird die Zukunft zeigen müssen. Sicherlich wird Frankreich dabei auf ersten Widerstand seitens der anderen Alliierten und auch der Neutralen stoßen.

Besprechung in Berlin.

Lond., 7. Aug. Die B. Z. meldet: Die Reichsregierung tritt heute nachmittag um 5 Uhr zur Beratung der gestern eingegangenen Pariser Note über die Reparationsmaßnahmen zu einer Kabinettsitzung zusammen.

Die Prüfung der Reparationsansprüche.

Lond., 7. Aug. Zu der Mitteilung, daß die Reichsregierung die Auswärtigen Ämter die französischen Reparationsmaßnahmen prüft, erklärt die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite, daß dies der übliche Weg sei. Darüber, ob ein Communiqué über das Ergebnis heute veröffentlicht wird, ist noch nichts bekannt.

Die Londoner Konferenz.

Poincarés Ankunft in London.
1. Paris, 7. Aug. Die französischen, italienischen und belgischen Delegierten trafen gestern

abend in London ein. Nach dem offiziellen Empfang wurde vereinbart, daß die ersten Besprechungen heute um 11 Uhr vormittags in der Downingstreet stattfinden werden. Nach in der Nacht hatte Lloyd George mit Poincaré und Jappard eine Unterredung, die darauf Poincaré mitteilte, daß sie heute vormittag vor der offiziellen Sitzung eine Besprechung mit ihm zu haben wünschten. Es wird dabei über die Zahlungen für das Ausgleichsverfahren gesprochen werden, worüber zwischen Frankreich und Belgien sehr verschiedene Meinungsverschiedenheiten bestehen.

2. London, 7. Aug. Die Londoner Konferenz begann heute vormittag in der Downingstreet mit dem Premierminister Lloyd George, dem Schatzkanzler Horne und dem Kriegsminister Evans, der bekanntlich finanzieller und wirtschaftlicher Sachverständiger ist und als solcher den Premier auch nach Genua begleitete, wird Curzon an den Beratungen teilnehmen und nicht, wie vielfach behauptet wird, Balfour. Poincaré hat sich auf alle Fälle darauf eingerichtet, nach Bedarf 16 Tage in London zu bleiben. Es wird von neuem betont, daß nur Finanzfragen zur Besprechung kommen werden.

Pressestimmen.

W.B. London, 7. Aug. (Druck.) Die Times schreibt in einem Leitartikel, die Premierminister hätten am Abend ohne irgendwelche vorbereitende Pläne oder Aussprache die Grundlagen zu schaffen vorgezogen für die drohenden Realitäten. Es scheint keine Einigung über einen Moratoriumsvorschlag zu bestehen und die ganze Frage der Kriegsschulden und der etwaigen Zwangsmaßnahmen werde Gegenstand lebhafter Meinungsverschiedenheiten. Es ist zu hoffen, daß im Laufe der Besprechungen die Alliierten durch die älteren Realitäten zusammengepreßt werden.

Der politische Mitarbeiter der Westminster Gazette schreibt: Wie ich höre, hat man auf britischer Seite vor, ein Moratorium für 2 Jahre zu verlangen. In der Zwischenzeit würden Naturalieferungen in vermindertem Umfange stattfinden haben.

Daily Telegraph schreibt in einem Leitartikel: Es besteht kein Grund zu erwarten, daß irgend eine wichtige Entscheidung bei den gegenwärtigen Verhandlungen herauskommt. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß sie keine erste Bedeutung haben. Sie können sogar im höchsten Grade bedeutungsvoll werden, sei es wegen ihrer Wirkung auf die Beziehungen der beteiligten Regierungen, oder der vorläufigen Abschlüsse, die später öffentliche Entscheidungen annehmen würden. — Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph schreibt: Bis Samstag erschien die vorausgesetzliche Atmosphäre alles andere als hoffnungsvoll, aber die sehr milden und etwas negativen, um nicht zu sagen nommentellen „Sanktionen“ des Herrn Poincaré haben die Spannung zwischen London und Paris merklich erleichtert. Wegen der Dauer des Moratoriums (ein kurzes Moratorium wird von beiden Kreisen für zwecklos gehalten) und der Sicherheiten wird eine lebhaftere Aussprache erwartet. Die Franzosen haben weitergehende Kontrollmaßnahmen über die deutschen Finanzen vor, als allgemein von den Alliierten gebilligt wurde. Im Anschluß an die Balfournote wird die Hauptfrage der Wiederherstellungen und Schulden wohl eher untersucht als entschieden. Es ist fraglich, ob Herr Poincaré seinen Plan unterbreiten wird. Großbritannien und Frankreich kommen heute zusammen mit sehr weit auseinandergehenden Ansichten, doch braucht man nicht zu verzweifeln, daß, wie bei früheren Gelegenheiten, eine gemeinsame Formel gefunden wird, die für beide Teile annehmbar sei, wenn nicht von den beiden Staaten dann von der belgischen Abordnung. Ferner würde es unerwünscht sein, Frankreich in die Lage zu setzen, seinen Wiederherstellungsanteil aus dem Versailler Vertrag nach seinem freien

Ermessen auszugeben, Diese Seite einer Volkszeitung des Reiches dürfte auf keinen Fall übersehen werden.

Deutschland.

Die Absicht des Attentates auf Siegelmann sollten nach einem angeblich vom Berliner Volksgelächter ausgehenden Dementi nicht verhandelt worden sein. Jetzt aber befragt eine Meldung aus Kassel: Der Festnahme der beiden Missetäter des Attentates auf Siegelmann in Klein-Mittehammer bei Gießen wird mitgeteilt: Die festgesetzten Ermittlungen der hiesigen Staatsanwaltschaft hatten den Verdacht auf zwei auswärtige junge Leute gelenkt, die sich zur Zeit der Tat beschäftigungslos in Kassel aufhielten und nach der Tat verschwunden waren. Die eingehenden Feststellungen über ihr Verhalten in Kassel verstärkten den Verdacht schließlich in solchem Maße, daß die Staatsanwaltschaft unter dem 22. Juli Haftbefehl und Steckbrief gegen beide erwirken konnte. Es handelt sich um den 22-jährigen Kaufmann Hans Huxter aus Oberfeld, der der Tatterschaft verdächtig ist und um den der Teilnahme verdächtigen 29-jährigen Bandwirt Karl Dohlschläger aus Reichenbach. Die sofortige Ueberführung der beiden Verhafteten nach Kassel ist in die Wege geleitet.

Nach dem „B. L.“ steht schon jetzt fest, daß beide der Tat dringend verdächtig sind. Sie sind Angehörige der Organisation C und gehörten früher der Ehrhardtbrigade, sowie dem ehemaligen Grenzschutz in Oberpfälzen an. Sie werden jetzt nach Kassel übergeführt, da das Gericht von Kassel als das Gericht des Tatortes für die Aburteilung zuständig ist.

Abhaltung der Tagung des Vereins für Deutschland im Ausland.

M. A. Kumbach, 7. Aug. Die Tagung des B. D. A. fand heute ihren Abschluß und Höflichkeit in einem Volksstube und wurde eingeleitet durch Gottesdienste in den Kirchen beider Konfessionen. Daran schloß sich vormittags ein Festakt des Vereins, bei welchem Vertreter der Reichsregierung und der bayerischen Landesregierung sowie der Bürgermeister von Kumbach Ansprachen hielten. Der Vorsitzende Herr Dierksen hielt die Festrede. Der im B. D. A. vertretene Gedanke der Gemeinschaft des deutschen Volkstums fand seinen schönsten Ausdruck in einer äußerst regen Beteiligung der Bevölkerung.

Das Ergebnis der bayerischen Reise Stresemanns

M. München, 7. Aug. (Druck.) Dr. Stresemann hatte in München eine mehrstündige Unterredung mit den Vertretern der deutschen Volkspartei des Reichstages Oberbayern-Schwaben, in der der Reichstagsfraktion der

Kurze Nachrichten.

— Dresden, 7. Aug. In den Tagen vom 7. bis 10. August findet in Dresden der 12. Internationale Studentenkongress statt, zu dem bereits Vertreter von 15 verschiedenen Organisationen in Dresden eingetroffen sind.

— Paris, 7. Aug. Der französische Volkshater in Berlin, Laurent, ist gestern hier eingetroffen.

— Paris, 7. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Peking wurde das Kabinett mit Tang Schao Yi als Premierminister und Wellington Koo als Außenminister gebildet.

— London, 7. Aug. Reuter meldet aus Tokio: Der Prinzregent hat die Washingtoner Vorträge ratifiziert.

— London, 7. Aug. Wie aus Trapezunt gemeldet wird, fand in Tiflis die feierliche Beisetzung des ermordeten Dschemal Pascha und seiner Adjutanten statt.

— London, 7. Aug. Reuter meldet aus Hongkong, daß am 2. August einem Taifun in Spatun (an der Mündung des Hau) schätzungsweise 5000 Personen zum Opfer gefallen sind.

Der neue polnische Ministerpräsident und die Deutschen Polens.

III. Warschau, 7. Aug. Der 2. Vorsitzende der deutschen Sejm-Fraktion Herr Epplermann-Lodz und Abg. Heile aus Dirschau wurden gestern vom Ministerpräsidenten Nowas empfangen. Bei der eingehenden Besprechung der Note der deutschen Minderheiten wurde namentlich der deutschen Sejm-Bezirksleiter 8 Punkte aufgestellt, welche Nowas als oberster Vertreter der neuen Regierung in Kenntnis nahm. Der Ministerpräsident gab den Vertretern der deutschen Minderheiten völlig befriedigende Zusicherungen. Nach seiner Meinung kann sich die Politik der polnischen Nationalisten wie sie beim Ausbau unserer polnischen Heimat bisher in vorwählbarer Weise zugange trat, sich nicht auf die Dauer halten. Nowas wolle alle Kräfte daran setzen, damit den deutschen Bürgern wirklich volle Gleichberechtigung zuteil wird. Das neue Kabinett wolle nicht eher ruhen, bis daß ein jeder Bürger diesem Staate mit Freude und Bereitwilligkeit alle seine Kräfte zur Verfügung stellt und Polen als sein wirklich von Herzen geliebtes Vaterland betrachten dürfe. Die Unterredung nahm einen Verlauf, durch den die deutschen Abgeordneten voll befriedigt wurden.

Ratifikation zweier polnisch-deutscher Verträge.

III. Warschau, 7. Aug. Zu Beginn der vorgestrigen Sejm-Sitzung erstattete Abg. Rosset Bericht über die Ratifikation zweier Gesetze, der erste Bericht betr. das deutsch-polnische Abkommen über die staatlichen Gruben in Oberschlesien, das zweite betr. das deutsch-polnische Abkommen über das staatliche Bergbau- und Hüttenneigenthum des polnischen Theiles Oberschlesiens. Beide Abkommen wurden in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Striminalroman von Walter Kabel-Hansen

Vom Oberpräsidium wird uns geschrieben: Am 18. Juli d. Js. hatte der Westfälische Milchpreis-Ausschuß auf die sehr energisch vertretenen Forderungen der Landwirte und der Molkereien hin beschlossen, den Milchzeugerpreis ab Stall auf 7,20 M. und die Molkereipanne auf 1,00 M. vom 24. Juli ab bis auf weiteres festzusetzen; ferner wurde vereinbart, daß bei Eintritt wichtiger, sich ändernder erhebender Verhältnisse der Oberpräsident den Unterschuß des Westfälischen Milchpreisausschusses zur Verberichtigung eines Beschlusses darüber einberufen sollte, ob und wann der Milchpreisausschuß einer neuer Beratung über die Preisfrage zusammenzutreten sollte. — Diese Beschlüsse erfolgten nach mehrwöchiger Verhandlung einstimmig.

In einer am 26. Juli d. Js. einberufenen Sitzung dieses Unterschußes, in der einige der in der letzten Sitzung des Westfälischen Milchpreisausschusses unerledigt gebliebene Sachen beprochen wurden, von vor einer Einberufung des Milchpreisausschusses nicht die Rede. Am 27. Juli d. Js. ging ein Schreiben des Meiereiverbandes vom 26. Juli ein, in dem anlässlich einer Stellungnahme zur Frage der Einschränkung der Milchproduktion mittelteil wurde, daß zahlreiche Anträge beim Meiereiverband eingegangen seien, ab 1. August für eine erhebliche Steigerung des Milchpreises beim Westfälischen Milchpreisausschuß einzutreten.

Am 29. Juli fragte ein Angestellter des Meiereiverbandes beim Oberpräsidenten telephonisch an, wann der Westfälische Milchpreisausschuß zusammen treten würde, um entsprechend den im Rheinland betriehtlich herausgegebenen Preise auch für Westfalen eine Erhöhung zu beschließen.

Ich wurde mittelteil, daß abgesehen von der im Schreiben des Meiereiverbandes vom 26. Juli gelegentlich gemachten Äußerung bisher von keiner Interessengruppe ein Antrag wegen Einberufung des Westfälischen Milchpreisausschusses gestellt worden sei; auch sei von einer Erhöhung der Preise im Rheinland bisher nichts bekannt geworden.

Am 31. Juli ging nachfolgendes Telegramm ein: Da der Milchpreisausschuß bis heute nicht einberufen ist, im Rheinland und übrigen Landsteilen bedeutende Preiserhöhung mit dem 1. August eintreten, hat die heute aus allen Kreisen der Provinz nach Hamm zusammenberufene Vertrauensmännerversammlung Landwirte und Molkereivertreter) beschlossen, ab 1. August folgenden Preis in Kraft treten zu lassen: Erzeugerpreis ab Hof 10 M., Molkereipanne 2,10 M., Gesamtpreis ab Station 12,10 M. Meiereiverband.

Gegen diesen Beschluß sah sich der Oberpräsident veranlaßt, auf denentschiedensten Front zu stehen. Zunächst lag, nachdem vom 21. Juli ab der bisherige Milchpreis ab Station um 1,90 M. erhöht worden war, kein hinreichender Grund vor, schon wieder am 1. August eine Erhöhung um weitere 3,30 M. pro Liter vorzunehmen. Dieser Preis stellt eine drastische Preisbelastung der für die unbedingt erforderlichen Lebensmittel notwendigen Ausgaben dar, daß er bei der äußerst gespannten Gesamtlage in höchstem Grade

Baserpapiers gut zu erk
Basern deutlich sichtbar
lung in die Papierma
find.

stärken deutlich sichtbar, die infolge stärkerer Einbe-
lung in die Papiermasse sonst nicht wahrzunehmen
sind.



